

# Katholikenausschuß in der Stadt Köln

Frau  
Annegret Krauskopf  
AG Kinder, Jugend und Familie  
Landtag  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

~~1.~~ Dezember 1998



## Tageseinrichtungen für Kinder

Sehr geehrte Frau Krauskopf

Der Sachausschuß "Kinder, Jugend und Familie" im Katholikenausschuß in der Stadt Köln, hat sich mit der Entwicklung um die Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) beschäftigt.

Beigefügt übersenden wir Ihnen die Kopie eines Briefes\* an Herrn Generalvikar Feldhoff zu Ihrer Information.

Wir bitten Sie eindringlich, bei der Novellierung des Gesetzes das Wohl der Kinder im Auge zu behalten.

Mit freundlichen Grüßen

*H. Bartscherer*  
Hannelore Bartscherer  
- Vorsitzende -

*\*/ Antworten  
liegt an*

Aanlage

# Katholikenausschuß in der Stadt Köln

Herrn Generalvikar  
Dr. Norbert Feldhoff  
Marzellenstraße 32

50667 Köln

27. November 1998

## Tageseinrichtungen für Kinder

Sehr geehrter Herr Generalvikar

Der Katholikenausschuß in der Stadt Köln beobachtet mit großer Sorge die Entwicklung um die Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK).

Tageseinrichtungen sind aus unserer Sicht von hoher kinder-, familien- und frauenpolitischer Bedeutung. Wenn wir wollen, daß Krippe, Kindergarten und Hort ihrem Auftrag, Kinder in einem besonders sensiblen Alter zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen (SGB VII), gerecht werden können, dann muß alles daran gesetzt werden, etwa notwendige Einsparungen von finanziellen Ressourcen so vorzunehmen, daß die Betreuungsqualität darunter nicht leidet.

Genau diese Gefahr sehen wir aber mit den jetzt beabsichtigten Änderungen des GTK zum Teil gegeben. Für besonders gravierend halten wir das Einfrieren der Mittel im Bereich der Plätze für Kinder unter 3 und über 6 Jahren. Angesichts der ohnehin bestehenden Defizite hinsichtlich solcher Betreuungsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen bedeutet diese Absicht nicht nur einen Stopp des notwendigen Ausbaus, sondern wegen der Tarifsteigerungen in den nächsten Jahren sogar einen Abbau bestehender Plätze.

Damit würde nicht nur die Chance verspielt, zukünftig frei werdende Kindergartenplätze kostengünstig in Plätze für Kinder im Krippen- und Hortalter umzuwandeln. Noch schwerer wiegt aus kirchlicher Sicht, daß

das Fehlen von Betreuungsplätzen, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren im Hinblick auf den uns allen am Herzen liegenden Lebensschutz Ungeborener kontraproduktiv ist. Hier erwarten wir gerade von Ihnen, daß Sie sich dafür einsetzen, entsprechende Pläne sofort zu stoppen. Ansonsten ist das Werben der Kirche für den Lebensschutz wieder ein Stück unglaubwürdiger. Im übrigen ist es hier nicht damit getan, sich als Kirche allein hinter die Verantwortung der Politiker zurückzuziehen. Wir Christen müssen uns hier aktiv für die Menschen einsetzen.

Von Bedeutung ist ferner die drohende Benachteiligung von Tagesstättengruppen. Wir alle wissen, daß gerade Kinder, die sich lange in der Einrichtung aufhalten, einer Betreuung mit festen Bezugspersonen bedürfen. Die Personalbemessung für solche Gruppen muß daher deutlich besser sein als die für Kindergartengruppen. In Ihren Ausführungen zu Einsparungen in den Tageseinrichtungen des Bistums haben Sie zu recht auf die Notwendigkeit von Qualitätsverbesserungen in katholischen Einrichtungen hingewiesen. Die Pläne des Landes bringen auch hier das genaue Gegenteil.

Nicht zuletzt appellieren wir an Sie, mit dafür Sorge zu tragen, daß der durch die GTK-Novellierung unvermeidliche Personalabbau sozialverträglich gestaltet wird. Dabei dürfte es darauf ankommen, träger-, d. h. gemeindeübergreifende Lösungen zu initiieren. Schon die angekündigten Einsparungen im Bistum haben bei den Erzieherinnen zu erheblicher Unruhe und sogar Wut geführt. Die Umsetzung der Beschlüsse des Landes wird insoweit zur Nagelprobe dafür werden, ob Kirche ihrem Anspruch im Umgang mit Menschen gerecht wird.

Durchschriften dieses Schreibens haben wir auch den Katholischen Büro und Frau Annegret Krauskopf zugeleitet. Im übrigen werden wir unser Anliegen auch an die Öffentlichkeit tragen.

Mit freundlichen Grüßen

*H. Bartscherer*

Hannelore Bartscherer  
- Vorsitzende -

**Der Generalvikar**  
des Erzbischofs von Köln  
R 86 708/97

50606 Köln, den 30. November 1998

Telefon 0221/16 42 1262

Telefax 0221/13 42 23

Frau  
Hannelore Bartscherer  
Katholikenausschuß in der Stadt Köln  
Domkloster 3

50667 Köln

### **Tageseinrichtungen für Kinder**

Sehr geehrte Frau Bartscherer!

Für Ihren Brief vom 27. November 1998 danke ich Ihnen. Ich verstehe, daß der Katholikenausschuß sich für die Zukunft unserer Kindergärten einsetzt. In den ersten beiden Anliegen Ihres Briefes laufen Sie zur Zeit aber überall offene Türen ein. Die Idee der Landesregierung, die Zuschüsse für die Krippen- und Hortplätze zu „deckeln“, ist bei **allen** beteiligten Gruppen auf völlige Ablehnung gestoßen, so selbstverständlich auch bei der katholischen Kirche und bei den Caritasverbänden. Dieser Punkt wird in der Novellierung des neuen Gesetzes nicht mehr zu finden sein. Meines Erachtens wäre es zur Zeit nicht klug, hier weitere öffentliche Erklärungen abzugeben, da diese den Eindruck erwecken, als sei man über den Stand der Dinge nicht genau informiert.

Im übrigen haben wir nachdrücklich auch öffentlich auf die Bedeutung der Finanzierung der Krippen- und Hortplätze hingewiesen. Ich lege Ihnen Auszüge unseres Pressedienstes bei und verweise vor allem auf die Veröffentlichungen vom 2. und 4. Juni 1998 sowie auf die Veröffentlichung vom 12. November 1998.

Der unvermeidliche Personalabbau ist ein Problem. Hier müssen wir zunächst die landesrechtlichen Richtlinien abwarten. Daß wir den Abbau so sozialverträglich wie möglich gestalten, ist für uns selbstverständlich. Allerdings muß man sich klar machen, daß Abbau immer mit Schmerzen verbunden ist. Schon im Zusammenhang mit unserer diözesanen Kindergartenplanung (rosa Heft!) habe ich in örtlichen Veranstaltungen immer wieder darauf hingewiesen, daß man die Schwierigkeiten dadurch

verringern kann, daß die Gemeinden über ihre Grenzen hinwegschauen und die Personalpolitik soweit wie möglich aufeinander abstimmen. In diesem Punkt können wir zentral wohl kaum etwas verfügen, wir können nur bitten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu gegebener Zeit eine solche Bitte vom Katholikenausschuß den Kirchenvorständen gegenüber unterstützen würden. Im Augenblick ist noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen, da niemand genau sehen kann, was im Personalbereich auf uns zukommt.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.: N. Feldhoff

Kopie zur frdl. Kenntnisnahme an:

**Katholisches Büro NRW, Elisabethstr. 16, 40217 Düsseldorf**  
**Frau Annegret Krauskopf, Ausschuß Kinder, Jugend und Familie,**  
**Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf**

Köln, den 01.12.1998  
GVF/Gr

